



Pressemitteilung

## Gegen Gasbohren beschließt Loccumer Resolution für Klimaschutz und das Ende der Erdgasförderung

(Loccum, Hannover, Berlin, 18.04.2019) Auf seinem Bundestreffen am letzten Wochenende hat Gegen Gasbohren, der Zusammenschluss der bundesdeutschen Initiativen gegen Fracking, die Loccumer Resolution beschlossen. Die Initiativen betonen in dieser Resolution, dass Deutschland seine Verpflichtungen zum Klimaschutz, die aus dem Pariser Abkommen resultieren, bisher nicht in entsprechende Maßnahmen umgesetzt hat. Insbesondere wegen der äußerst hohen Klimaschädlichkeit von LNG (Liquefied Natural Gas) aus Fracking-Erdgas fordern die Initiativen, keine LNG-Projekte sowie die hierzu gehörende Infrastruktur in Deutschland zu verwirklichen und auch nicht anderswo zu unterstützen. Zudem fordert Gegen Gasbohren ein Ende der Erdgasförderung in Deutschland. Neue Aufsuchungserlaubnisse und Bewilligungen dürfen nicht mehr erteilt werden. Bestehende Erlaubnisse und Bewilligungen dürfen nicht mehr verlängert werden und müssen spätestens 2025 auslaufen. Alle existierenden Bohrungen sowie Altbohrungen müssen insbesondere auf die Emissionen des klimaschädlichen Methans überprüft werden. Die Kosten hierfür sind von den Erdgasförderunternehmen zu tragen.

Zum Thema „Klimaschutz“ ist Gegen Gasbohren auch in einen Gedankenaustausch mit „Fridays for Future“ eingetreten. Zwei Vertreterinnen der Schulstreikbewegung diskutierten mit den Initiativen in Loccum.



*TeilnehmerInnen des Bundestreffens der Initiativen Gegen Gasbohren*

Gegen Gasbohren beschloss in der Loccumer Resolution, die Ziele der neuen Bewegung für eine wirksame Dekarbonisierung zu unterstützen.

Auch lokale Aspekte wurden auf dem Treffen erörtert. So stieß das Verhalten des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) auf massive Kritik, einen Mini-Frac an der Bohrstelle Düste Z10 im niedersächsischen Barnstorf zuzulassen, ohne hierfür eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen und auch auf eine wasserrechtliche Erlaubnis zu verzichten. Bei diesem beschönigend als „Drucktest“ bezeichneten Vorgang wurde nach Auffassung der Initiativen das Fracking-Recht des Bundes missachtet.

Auch an anderer Stelle war ein Demokratiedefizit festzustellen. So hatte der niedersächsische Wirtschaftsminister Althusmann vor wenigen Wochen lediglich einen ausgewählten Kreis niedersächsischer Bürgerinitiativen zum Thema Erdgasförderung in sein Ministerium eingeladen. Gegen Gasbohren fordert, dass diese Runde bei ihren nächsten Treffen für alle Bürgerinitiativen in Niedersachsen geöffnet wird, die sich schwerpunktmäßig mit den Gefahren der Erdgasförderung und der daraus resultierenden Folgen beschäftigen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Treffens in Loccum war die niedersächsische Abstandsstudie zu hämatologischen Krebserkrankungen im Umfeld von Erdöl- und Erdgasförderanlagen sowie zu Bohrschlammgruben. Hier waren sich die Initiativen einig, dass diese Studie nur ein Anfang sein kann. Es sind weitere und gerade im Studiendesign weitergehende Studien erforderlich.

Für das nächste Jahr ist das Folgetreffen geplant, falls keine dringenden Vorkommnisse einen früheren Termin erfordern.

**Weitere Informationen zu den Themen Fracking und Gasbohren:**  
<http://www.gegen-gasbohren.de>

*Das Foto darf gerne frei verwendet werden.*

**Folgend auf den Seiten drei und vier der Text der Loccumer Resolution mit Nennung der unterstützenden Organisationen:**

Loccum, den 14.04.2019



**Wir, die Bürgerinitiativen im Zusammenschluss „Gegen Gasbohren“, stellen fest,** dass die Bundesregierung im Dezember 2015 in Paris Mitunterzeichnerin des völkerrechtlich bindenden Abkommens zur Begrenzung der globalen Erwärmung war.

Die sich daraus ergebenden Verpflichtungen zur Reduzierung der Schädigung der Atmosphäre durch die Verbrennung fossiler Energieträger und deren Nebenwirkungen wurden und werden von der Bundesregierung nicht in entsprechende Maßnahmen umgesetzt.

Erdgas ist wegen seiner hohen Leckagemengen an unverbranntem Methan ein bedeutender Klimaschädiger; es ist keineswegs „grüner“ als Kohle. Erdgas aus der Fracking-Förderung ist wegen der noch wesentlich höheren Verluste bei der Förderung etwa 3 x schädlicher als konventionelles. Liquefied Natural Gas (LNG) aus Fracking-Erdgas ist noch einmal deutlich klimaschädlicher durch den hohen Energieaufwand zur Verflüssigung auf minus 162 Grad C und die anschließenden Lager-, Umschlags- und Seetransportverluste.

Trotz der Erkenntnis, dass Erdgas die globale Erwärmung nicht verringert, sondern statt dessen besonders verstärkt, will die Bundesregierung LNG-Terminals an den Küsten nicht nur genehmigen, sondern auch subventionieren. Es ist unverantwortlich, diese Mittel für die klimaschädliche LNG-Technik auszugeben. Sie müssen zwingend für die Nutzung regenerativer Energien eingesetzt werden.

Im Ergebnis trägt Deutschland damit dazu bei, die Erdgasnutzung zu steigern und die Schädigung der Atmosphäre zu verstärken. Dadurch werden die Lebensgrundlagen von uns allen auf diesem Planeten direkt gefährdet.

Die Bürgerinitiativen im Zusammenschluss „Gegen Gasbohren“ unterstützen die Ziele der Schulstreikbewegung „Fridays for Future“ für eine schnelle und wirksame Dekarbonisierung!

Wir fordern von der Bundesregierung und den Landesregierungen mit der

**„Loccumer Resolution April 2019“:**

- 1) Keinerlei LNG-Projekte und Infrastruktur in Deutschland zu verwirklichen und keine deutsche Unterstützung derartiger Projekte im Ausland, weder direkt, noch indirekt über Absicherungen, Garantien und dergleichen.
- 2) Ab sofort keine neuen Erlaubnisse zu Aufsuchungen und Bewilligungen zur Gewinnung von Erdgas zu erteilen.
- 3) Bestehende Bergbauberechtigungen für Erdgas nicht zu verlängern und durch Festlegung auf den maximalen Endtermin 2025 zeitlich zu begrenzen.
- 4) Unverzüglich den Rückbau und die Wiedernutzbarmachung von Standorten der Erdgasgewinnung oder -aufbereitung nach Ablauf der Bergbauberechtigungen zu verfügen.
- 5) Ab sofort die Entsorgung von Abfallflüssigkeiten aus der Förderung und Aufbereitung von Kohlenwasserstoffen in Versenkbohrungen zu beenden.
- 6) Zügig die Altlasten aus der Kohlenwasserstoff-Förderung (Bohrschlammgruben u.a.) zu sanieren, so dass diese Maßnahmen bis 2030 beendet sind.
- 7) Fracking aller Arten und andere Techniken zur Förderung von Kohlenwasserstoffen zu verbieten.
- 8) Überprüfung aller bestehenden Bohrungen und Altbohrungen auf unregelmäßige Methan- wie toxische Emissionen durch unabhängige Institute auf Kosten der Erdgasförderunternehmen. Altbohrungen dürfen nicht aus der Bergaufsicht entlassen werden.

**Bürgerinitiativen im Zusammenschluss „Gegen Gasbohren“**

**Die „Loccumer Resolution April 2019“ wurde am 14.04.2019 in Loccum von folgenden Mitgliedern gezeichnet:**

AK Fracking Braunschweiger Land  
BI kein-frack-in-wf  
WUG Initiative Wittorfer Bürger  
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Bonn  
BI für sauberes Wasser, Witten  
Berliner Wassertisch  
IG Gegen Gasbohren, Hamminkeln  
BI Walsrode gegen Gasbohren  
BUND AG gegen Fracking, Lüneburg  
AG No Moor Fracking, Diepholzer Moorniederung  
attac AG Fracking, Nienburg  
BI Gesundheit Söhlingen  
BI Saubere Umwelt und Energie, Altmark  
BI Frack-loses Gasbohren im LK Rotenburg  
BI Schönes Lünne  
BI Gegen Gasbohren e.V. Drensteinfurt  
BI gegen CO2-Endlager e.V. , Schleswig-Holstein  
BI Mensch & Umwelt Suhlinger Land  
BI Gegen Gasbohren-Zehdenick-Templin  
GENUK e.V., Hamburg  
IG Fracking-freies Artland e.V.

**Weitere Mitglieder des Zusammenschlusses schließen sich an:**

BI Fracking freies Hessen n.e.V.  
BI Umweltschutz Uelzen  
gemeinnütziger Umweltschutzverein pro grün e.V., Paderborn  
AG Post-Fossil, Kassel  
BI gegen Bohrungen im Süd-/Brookmerland  
BI LK Oldenburg  
BI gegen Gasbohren Kleve  
AG Fracking der BI Umweltschutz Luechow-Dannenberg  
BI Chiemgauer Seenplatte gegen Gasbohren  
IG Gegen Gasbohren im Oberspreewald  
BI Gegen-Gasbohren Hamm  
BI Lebensraum Vorpommern  
BI Gemeinsam gegen Gas- und Probebohrungen am Niederrhein  
Abgefrackt Bündnis Weidener Becken gegen Fracking  
BI inofrack Inde- Rur-Wurm  
BI rote Hand Thedinghausen/Achim  
IG Breinermoor/Backermoor  
BI gegen Gasbohren im Landkreis Rotenburg e.V.  
Unabhängige Bürgerinitiative Salzhausen  
BI Lausitzer Initiative gegen Rohstoffpiraterie  
gemeinnütziger Verein zur Förderung und Erhaltung der Biodiversität in Deutschland e.V.